

Rede zum Volkstrauertag in Neu-Isenburg – 18.11.2018

Trauern und Gedenken in einer diversen Gesellschaft – zur Integration öffentlicher Rituale in einen aktuellen demokratischen Diskurs

Von Dr. Noemi Staszewski



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hunkel, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute hier vor Ihnen zu sprechen. Als mich Herr Bürgermeister Hunkel ansprach, war mir nicht wirklich klar, in welchem Zusammenhang ich mit diesem Gedenktag stehen könnte. Warum ich? Was habe ich mit diesem Gedenken zu tun? Ihre Bitte Herr Hunkel war somit in gewisser Weise ein pädagogischer Auftrag, mich näher mit diesem Tag und seiner Bedeutung zu beschäftigen und mich nicht hinter der Abwehr, dem „das hat nichts mit mir zu tun“ zu verstecken.

Wir haben uns hier versammelt, um den Opfern von Kriegen, Gewaltherrschaft und – bedingt durch die Entwicklungen der letzten Jahre – auch den Opfern terroristischer Anschläge zu gedenken. Wir sprechen Angehörigen unsere Anteilnahme aus und können Unterstützung anbieten. Je länger die zu beklagenden Ereignisse zurückliegen – wir gedenken am heutigen Tag auch der Opfer des vor 100 Jahren beendeten 1. Weltkrieges –, desto schwieriger wird es, einen persönlichen Bezug herzustellen, verblasst die individuelle Erinnerung, wird Trauer und Erinnern zum abstrakten Gedenken, das häufig in einem intellektuellen, moralischen oder ideologischen Kontext gestellt wird.

Der Volkstrauertag ist für mich – zugegeben – ein Gedenktag, mit dem ich bislang ambivalente Gefühle verbunden habe – und dies vor allem aus familiären Erfahrungen. Mein Großonkel Menne (Willy) Blumberg fiel als Soldat im 1. Weltkrieg. Der 1919 gegründete Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gab 1932 u. a. in der Hoffnung, mit dem Nachweis des Einsatzes für Deutschland und des Anteils an den Kriegsoffizieren den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen zu können, ein Gedenkbuch für die ca. 12.000 gefallenen deutsch-jüdischen Soldaten heraus. Seit 10 Jahren wird an ihren Einsatz wieder jedes Jahr in verschiedenen Gedenkveranstaltungen gedacht. Ich hätte also einen familiengeschichtlichen Bezug zum heutigen Tag. Onkel Menne habe ich nie kennenlernen dürfen. Als er starb war er 25 Jahre alt, unverheiratet und – soweit wir wissen – ohne Nachkommen. Hätte er den 1. Weltkrieg überlebt, hätten ihm und seiner Familie die Opfer für das Vaterland, Ehrenplaketten und Ritterkreuze während der Nationalsozialistischen Herrschaft wahrscheinlich wenig genützt. Er wäre mit ihnen – wie viele andere auch – deportiert und ermordet worden. Ihrer nach dem 2. Weltkrieg gemeinsam mit gefallenen Wehrmachtssoldaten – unter ihnen möglicherweise Täter der Naziverbrechen – zu gedenken, war meiner Familie nicht möglich. Die Gräber waren zu tief, die Wunden zu frisch. Meine Eltern überlebten die Shoah

im Exil bzw. in diversen Verstecken in der Illegalität. Viele Familienangehörige hatten nicht dieses Glück. Der Volkstrauertag blieb in meiner Familie mit zu vielen traumatischen Erinnerungen behaftet, auch wenn Teile der politischen demokratischen Führung der Länder – wie u. a. der erste Bundespräsident Theodor Heuss in seiner Gedenkrede 1952 – ihn wieder zu einem Gedenktag gegen Krieg und Totalitarismus und für Frieden machen wollten.

Seit seiner Einführung nach dem 1. Weltkrieg war dieser Tag vom Gedenken an die Toten der Kriege geprägt und wurde vor allem von nationalistischen Kräften zur Ehrung gefallener Soldaten, während des Nationalsozialismus zur Heldenverehrung, zur nationalsozialistischen Propaganda und zur Kriegshetze benutzt; dies geschah, obwohl die Initiatoren dieses Gedenktages 1920 ihn nach den Kriegserfahrungen mit Millionen von Toten eher als Mahnung für den Einsatz für Frieden und Versöhnung verstanden. Ich erinnere hier an die Rede des Reichspräsidenten Paul Löbe 1922.

Der braune Schimmer haftete diesem Tag dennoch auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges an, obwohl bei der Wiedereinführung 1950 durch den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge bzw. 1952 durch entsprechende Gesetzgebungen in den verschiedenen Bundesländern der Versuch unternommen wurde, das Gedenken auf alle Toten der beiden Weltkriege auszuweiten. In Hessen und Hamburg wurden hier explizit auch die Opfer des Nationalsozialismus einbezogen, ein politisch nachvollziehbarer aber nicht einfacher Spagat.

Wie vage die inhaltliche Ausrichtung dieses Gedenktages war und ist, zeigen die Inhalte der zentralen Reden der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, in denen nicht mehr nur den gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege, den zivilen Opfern und Opfern des Faschismus gedacht wurde, sondern auch den in Auslandseinsätzen gefallenen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, den Opfern von Gewaltherrschaft, Bürgerkriegen und Terrorismus. Ich verweise hier z. B. auf die zentrale Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck im November 2015¹. Die Bezüge dieses Tages werden also zunehmend weiter gefasst und damit auch abstrakter. Damit stellt sich nicht nur die Frage, wem wir am Volkstrauertag gedenken, um wen wir trauern, sondern auch wen wir mit seinen Themen ansprechen können. Wer will und wird ihn 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges und 73 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges im heutigen Deutschland begehen? Gelingt es uns, neue Bezüge zu etablieren? Können wir nachfolgende Generationen mit ihm erreichen? Welchen Stellenwert hat er für die heute in diesem Land lebenden Menschen?

Der Volkstrauertag steht im Spannungsverhältnis zweier Begriffe, die Unterschiedliches benennen

aber doch miteinander zusammenhängen: Trauer und Gedenken. Beides braucht Orte, benötigt Rituale, um mit ihnen umzugehen – und das werden vor allem diejenigen am ehesten nachvollziehen können, die keine Gräber für ihre Lieben haben. In meiner Arbeit mit Überlebenden der Shoah – meist extrem traumatisiert und in der Zwischenzeit hochbetagt – beschäftigt mich dieses Thema fast täglich.

Trauer ist ein Gefühl, eine emotionale Reaktion. Wir empfinden Trauer, wenn wir eine geliebte oder für uns wichtige Person oder ein Lebewesen verloren haben. Sie kann aber auch beim Verlust sozialer Zusammenhänge, Partnerschaften, Heimat oder Ähnlichem entstehen. Wie, in welcher Form wir trauern, ist individuell verschieden und hängt stark von unseren gesellschaftlichen Kontexten, unseren kulturellen Bindungen und nicht zuletzt auch von unseren religiösen Prägungen ab. Trauer entwickelt sich prozesshaft, durchläuft unterschiedliche Phasen und findet meist im privaten Umfeld oder in eingegrenzten Gemeinschaften statt. Verläuft dieser Trauerprozess „gesund“, führt er am Ende zu einer neuen Lebenssicht, zu einem neuen Blick auf den verloren gegangenen Menschen, das verlorene Wesen, den Verlust. Ihm oder ihr kann eine neue Position im eigenen, weitergehenden Leben eingeräumt werden.

Verläuft der Trauerprozess nicht gesund, kann er nicht abgeschlossen werden, bleibt der Mensch in einer Phase hängen und schafft es nicht, die neue Realität in seine Lebenswelt zu integrieren. Daraus können Verhaltensstrukturen resultieren, die den Menschen daran hindern, sein Leben neu und zukunftsorientiert zu gestalten, sich positiv weiter zu entwickeln. Wut, Hass, Schuldzuweisungen und Aggression aber auch Depressionen und die Flucht in Alkohol, Drogen oder Medikamente sind häufige Begleiter solcher nicht abgeschlossener Trauerprozesse. Dies gilt nicht nur für Individuen sondern ähnlich auch im gesellschaftlichen Kontext und bereitet einen destruktiven Boden im Umgang mit sich selbst und anderen.

Im Unterschied zum Trauern ist das Gedenken eine primär intellektuelle Leistung und muss nicht zwingend mit persönlichen, emotionalen Bezügen in Verbindung stehen. Wir gedenken historischer oder gesellschaftlicher Ereignisse wie der Gründung des ersten demokratisch gewählten Parlaments in Deutschland in der Paulskirche, wir gedenken der Staatsgründung, dem Fall der Mauer, den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung, Terroranschlägen, Naturkatastrophen wie Jahrhundertfluten, Vulkanausbrüchen, Zugunglücken oder Flugzeugabstürzen mit oft vielen Toten und verheerenden Auswirkungen auf Menschen, Besitz und Infrastruktur. Gedenken findet meist im öffentlichen Raum statt und hat von daher immer auch einen gesellschaftspolitischen Hintergrund, ein Ziel und eine Zielgruppe, eine Botschaft. Wir können auch

¹ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2015/11/146-2-bpr.volkstrauertag.html>

unserer Lieben gedenken, allerdings sprechen wir dann meist von Erinnern, was wiederum einen eher individuellen, persönlichen Bezug voraussetzt. Ich erinnere mich an den Fall der Mauer in Berlin, an die Gefühle, die Euphorie, die Ängste, die mich damals umtrieben als eine, die auf beiden Seiten dieser Mauer aufgewachsen ist. Meine Kinder können sich daran schon nicht mehr erinnern. Selbst die Älteren waren zu klein. Für sie ist der Fall der Mauer ein historisches Ereignis, Geschichte, die für sie abstrakte Bedeutung hat.

Wie also bringen wir heutige Generationen dazu, einen Gedenktag zu würdigen und zu begehen, der vor Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten gefallenen Soldaten und Soldatinnen, in Kriegen umgekommenen Zivilisten etc. gewidmet ist? Welche Bedeutung können wir dem Gedenken an diese abgebrochenen Leben geben, die in die heutigen Generationen wirkt?

Nach dem 2. Weltkrieg gehörte es zum gesellschaftlichen Mantra, sich gegen Krieg, Totalitarismus und für Frieden einzusetzen. Dies schlug sich auch in den ersten Reden zum Volkstrauertag nieder. Ich erwähnte bereits die Rede von Theodor Heuss 1952. Das „Nie wieder“ fand sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg nicht nur in den Reden der Regierungsvertreter und der Parteien wieder, sondern auch in den Protestbewegungen der Nachkriegszeit – zumindest im Westen. Die persönlichen Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, das individuelle Wissen um die Zerstörung und das Leid, das Kriege verursachen, war noch frisch. Die Menschen erinnerten sich. Heute, über 70 oder wie im Falle meines Onkels Menne über 100 Jahre nach dem Krieg und seinen Folgen und Verlusten verblasen die persönlichen Bezüge, gibt es kaum noch individuelle Erinnerungen an diese Zeit und an die Menschen, derer wir heute gedenken. Eigene Erinnerungen an Kriegsgeschehen, an die Brutalität der Kämpfe, das ausgeliefert sein der Zivilbevölkerung bringen heute in Deutschland neben den Hochbetagten nur noch diejenigen mit, die aus Auslandseinsätzen der Bundeswehr zurückgekehrt sind oder Einwanderer und Einwanderinnen, die aus Kriegsgebieten oder Bürgerkriegsregionen zu uns geflohen sind. Aber sind die Erfahrungen Letzterer mit dem heutigen Gedenken gemeint?

Hier stellt sich mir unwillkürlich die Frage nach der Funktion des Namens dieses Gedenktages: Volkstrauertag – wer ist das Volk? Dieser Begriff bezeichnet meist eine Gruppe von Menschen mit gleicher Sprache und Kultur, teilweise auch verwandtschaftlichen oder anderen engen Beziehungen und ist emotional und ideologisch hoch aufgeladen. Deshalb fällt es nationalistischen Gruppierungen leicht, solche Tage ideologisch zu besetzen und für ihre propagandistischen Ziele zu nutzen. Ich will diesen Diskurs hier nicht weiter vertiefen. Aber wenn wir uns damit beschäftigen, wem dieser Gedenktag gilt, wem er in Zukunft gelten soll und wen wir in unserer Gesellschaft in die Begehung dieses Gedenkens einbeziehen wollen, dann müssen wir uns mit der Frage nach Zugehörigkeiten beschäftigen. Der Volkstrauertag ist als nationaler Gedenktag gesetzlich verankert und gilt damit für alle Einwohner unseres Landes. Wenn mit dem Volksbegriff

eben alle Einwohner Deutschlands gemeint sind, wenn wir an diesem nationalen Gedenktag auch des türkischstämmigen Bundeswehrsoldaten und seines afghanischen Übersetzers gedenken, die bei einem Bombenanschlag während eines Auslandseinsatzes umgekommen sind, wenn wir die ausländischen Opfer des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz in unser Gedenken mit einbeziehen können, dann haben wir Chancen, neue wichtige Akzente zu setzen und auch zukünftige Generationen in ein aktualisiertes Gedenken einzubeziehen. Dass dies kein neuer Ansatz ist, zeigen Bemühungen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge für die Friedenserziehung, zeigt die Einbeziehung der umgekommenen russischen Kriegsgefangenen in diese Gedenkstunde.

In den letzten Jahren stellen wir nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Teilen Europas und der Welt ein Wiedererstarken nationalistischer Bewegungen fest. Die Globalisierung macht vielen Menschen Angst und manche versuchen, über den Rückzug auf nationale und z. T. nationalistische Kontexte vermeintliche Kontrolle über ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erhalten. Angst ist immer ein fruchtbarer Nährboden für Extremisten, die über demonstrative Stärke und die Abgrenzung und Ausgrenzung vermeintlich Fremder einfache Lösungen anbieten. Demokratie setzt auf Konsens, auf das Aushandeln und den Kompromiss zwischen divergierenden Interessen. Demokratische Diskurse, die Einbindung in eine internationale Staatengemeinschaft, Wirtschaftsabkommen, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperationen weltweit haben Europa und zumindest einen großen Teil der westlichen Welt sicherer gemacht. Hier in Deutschland leben wir im Frieden, ein Luxus, den viele derjenigen, die – zu ihrem Glück – keine Kriege mehr erlebt haben, nicht mehr schätzen können, den wir aber gerade diesen internationalen Einbindungen zu verdanken haben. Wie schnell nationalistisches Gebaren und der Glaube an einfache Lösungen demokratische Strukturen und Rechte aushebeln können, sehen wir derzeit an Entwicklungen in einigen unserer Nachbarländer.

Wenn es heute in Deutschland wieder möglich ist, dass marodierende Horden Fremde oder Andersdenkende jagen, verletzen oder gar umbringen, wenn bei rechtspopulistischen Veranstaltungen oder offenen Nazi-Aufmärschen wieder ungestraft der rechte Arm zum Gruß erhoben werden kann, dann bekomme ich Angst um dieses Land. Es weckt Assoziationen an die Aufmärsche in den 1920er und 1930er Jahre. Auch damals begannen marodierende Banden mit Fackeln und Gebrüll nach der Macht zunächst auf der Straße und dann im ganzen Land zu greifen. Sie benutzten dafür wie auch heute ihre demokratisch verankerten Rechte – ihr Recht auf Versammlungsfreiheit, auf Meinungsfreiheit, auf Rechtsstaatlichkeit – und es gelang, weil niemand sie aufhielt.

Jedes Land hat das Recht, auf seine Errungenschaften stolz zu sein. Ein gesunder Nationalstolz, der nicht einher geht mit der Ausgrenzung und Erniedrigung anderer, kann zur Festigung einer Gesellschaft beitragen. Die wenigsten Menschen, derer wir heute gedenken, vor allem die Soldaten der

beiden Weltkriege, haben ihr Leben für den Kampf um ein demokratisches System gegeben. Ich möchte hier exemplarisch an die Matrosen im November 1918 erinnern, deren Weigerung, den Befehl zu einer weiteren Marineoffensive umzusetzen, bei den anschließenden Aufständen viele Tote und Verletzte forderte, aber am Ende zum Abdanken des Kaisers, zum Ende des Krieges und zur Gründung der Weimarer Republik führte. Erinnern wir uns ihrer als Kriegshelden? Die Niederlagen der Armeen, denen sie dienten, haben den Weg zu demokratischen Staaten in Europa geebnet, nicht immer gleich nach dem Ende der Kriege, aber historisch betrachtet können wir heute die Vorzüge einer Demokratie durch ihre Opfer genießen.

Gedenktage haben nur dann eine Wirkung wenn es uns gelingt, ihre Themen und Anliegen im Alltag unserer Gesellschaft zu verankern. Das Gedenken an die zivilen wie militärischen Opfer der Kriege können nicht nur eine Mahnung gegen den Krieg und eine Aufforderung zum Streiten für Frieden sein sondern ein Zeichen für eine wehrhafte Demokratie setzen, in der wir in Frieden mit unseren Nachbarn leben und divergierende Interessen konstruktiv und demokratisch verhandeln, in der jede und jeder, gleich welcher Herkunft und kulturellen Hintergrunds gleiche Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft hat. Wenn es uns gelingt, Lehrer, Lehrerinnen, Schülerinnen und Schüler sowie gesellschaftliche Verbände für die Bedeutung eines aktiven Eintretens für unsere Demokratie zu interessieren, wenn wir bereit sind, neue Formen des Gedenkens zuzulassen, den nachwachsenden Generationen Raum für neue Gestaltungen und Auseinandersetzungen geben, dann hat dieser Gedenktag Zukunft, dann haben wir Chancen, dass demokratische und integrative Kräfte die Bedeutungshoheit behalten und er nicht von rechtspopulistischen und nationalistischen Kräften verdrängt werden kann. Die politischen Entwicklungen in Deutschland und in unseren Nachbarländern zeigen uns, dass es höchste Zeit wird, diese Chancen zu nutzen. Es liegt an uns.

Dr. Noemi Staszewski, geboren 1954 in Berlin, Studium der Islamwissenschaften, Judaistik, Sozialpädagogik und Psychologie an der Freien Universität Berlin. Promotion im Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Goethe Universität Frankfurt/M. Ausbildung zur Psychodrama- und Gestalttherapeutin. Arbeit als Psychotherapeutin. 1986 Umzug nach Neu-Isenburg. Von 1991–1995 Leiterin des Bereichs Schulen des Pädagogischen Zentrums der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Mitherausgeberin und Autorin mehrerer Kinderbücher. Seit 2002 Leiterin des psychosozialen Zentrums der ZWST für Überlebende der Shoah und ihre Familien in Frankfurt/M; Projektleiterin „Treffpunkte“ für Überlebende der ZWST in Deutschland. Seit 2002 Mitglied des Präsidiums des Keren Hayesod Deutschland; Mitglied des Kuratoriums der Margit-Horvat-Stiftung in Walldorf; Mitglied des Vorstands der LevShalem Stiftung. Verheiratet, vier Kinder.